

Kommentare

Vision und Wirklichkeit

Nur auf dem internationalen Parkett ist Präsident Obama noch immer eine Lichtgestalt.

Von Joachim Rogge

Wäre Sympathie der entscheidende politische Faktor, hätte Barack Obama die Welt längst befriedet. Von seinen Popularitätswerten im Ausland können Obamas Kolleginnen und Kollegen auf der eigenen politischen Bühne auch weiterhin nur träumen.

Wandel In den ersten acht Monaten seiner Amtszeit hat Obama das Bild vom „hässlichen Amerikaner“ eindrucksvoll korrigiert. Doppelt so viele Deutsche etwa wie noch zu Bushs Zeiten haben heute wieder eine gute Meinung von Amerika. Selbst im moslemischen Indonesien ist das nicht anders. Und auch in traditionell USA-skeptischen Ländern wie Frankreich oder der Türkei hat Obama nach wie vor Popstar-Status.

Obamas Bewährungsprobe ist die Tagespolitik.

Während im eigenen Land die Zustimmungsraten rapide bröckeln, die Flitterwochen längst vorbei sind und sich Obama auf Normalmaß zurückgestutzt sieht, schwimmt der US-Präsident international noch immer auf einer Woge der Sympathie.

Sympathiebonus Der Weltbürger Obama als Projektionsfläche für die Hoffnung auf eine bessere, friedlichere Welt. Wenn sich herumspricht, dass die USA auch unter seiner Führung eigene nationale Interessen – vom Klimawandel bis zur Industriepolitik – haben, wird die Euphorie, keine Frage, auch international wieder abebben. Doch mehr Realismus war selten ein Schaden. Ohnehin wird Obama der Sympathiebonus in aller Welt wenig helfen, wenn er heute bei seinem ersten großen Stelldeichener der Uno-Vollversammlung in New York und anschließend auf dem G-20-Treffen in Pittsburgh die Staats- und Regierungschefs aus aller Welt willkommen heißt.

men heißt. So sehr die meisten es vorziehen, mit ihm und nicht mehr mit George W. Bush verhandeln zu müssen, so wenig dürften sie bereit sein, ihm allein wegen seines gewinnenden Charmes jene politischen Gefallen zu tun, die sie dem texanischen Sturkopf Bush bislang strikt verweigerten.

Gegenwind Nach wie vor sträuben sich die Europäer, ihre eigenen Truppenkontingente im dramatisch eskalierenden afghanischen Krieg aufzustocken. Die Saudis ignorieren Obamas Bitte, Israel als Faktum in

Nahost anzuerkennen, während die Israelis ihrerseits Obamas nachdrücklichen Wunsch geflissentlich überhören, den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten endgültig zu stoppen. Nord-Korea droht unbeirrt weiter mit Atomwaffen. Iran verfolgt eben so stoisch seine nuklearen Pläne, seien sie nun ziviler oder doch militärischer Natur.

Realpolitik Kuba reagiert ebenfalls unbeeindruckt auf Washingtoner Entspannungssignale. Und ob Moskau tatsächlich honoriert, dass Obama den Dauerstreit des US-Raketenschildes im russischen Vorhof kurzerhand beerdigte, muss sich erst noch erweisen. Dass da ein neuer Mann im Weißen Haus sitzt, der die Welt mit gehaltvollen Reden und Visionen begeistert, beeindruckt im Kosmos des realpolitischen Kleinklein offenkundig nur mäßig. Die Tagespolitik wird zu Obamas Bewährungsprobe. Und doch: Das hohe Ansehen des US-Präsidenten, der Vertrauensvorsprung in seine Vermittlungsfähigkeiten kann tatsächlich auf lange Sicht neue Weichen zum Besseren stellen – im palästinensisch-israelischen Verhältnis, im Atompoker mit Iran, bei der Konsenssuche mit Moskau. Es wäre fahrlässig, diese Chance, die sich mit Barack Obama bietet, schon im Vorfeld mäkelnd klein zu reden.

Angst vor Vietnam II

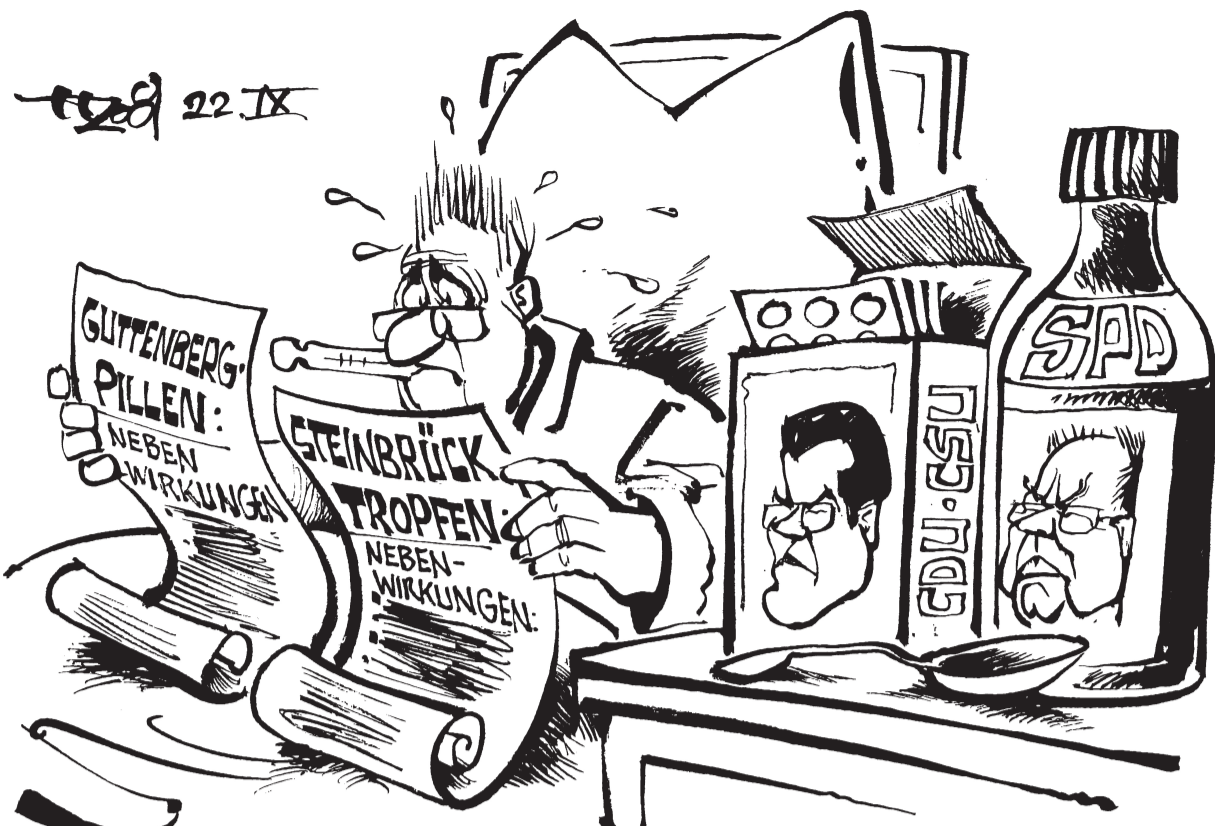
In Afghanistan sollen mehr Soldaten für mehr Sicherheit sorgen. Das wird nicht funktionieren.

Von Siegfried Lambert

Natürlich darf sich die Politik nicht von den Droh-Videos der islamistischen Eiferer einschüchtern lassen, die in Serie im Internet kursieren und den sofortigen Abzug aus Afghanistan fordern. Wesentlich beunruhigender sind die Warnungen des amerikanischen Nato-Oberbefehlshabers am Hindukusch. Wenn die Truppen nicht rasch aufgestockt werden, sagt Stanley McChrystal in einem vertraulichen Bericht, droht der Kampf verloren zu gehen. Die Lageanalyse ist so brisant, dass die „Washington Post“ auf Bitten der US-Regierung davor zurückschreckte, sie ihren Lesern komplett mitzuteilen. Dabei liegt

das Fazit auf der Hand: die bisherige Strategie der Eisenfaust gegenüber den Taliban ist gescheitert. Mit militärischen Mitteln lassen sich die Glaubenskrieger offenbar nicht aus dem Land vertreiben. Die wiederholte Anhebung der Truppenstärke hat die Sicherheitslage nicht verbessert. Sie hat sich sogar dramatisch verschlechtert. Das Vietnam-Trauma des US-Militärs droht sich zu wiederholen.

Jetzt ist man bereit, umzudenken. Aber es könnte zu spät sein, die Bevölkerung reagiert zunehmend feindselig. Und die Ausbildung der afghanischen Armee verläuft schleppend. Das Hauptproblem: Neun von zehn Rekruten können weder lesen noch schreiben, auch bei der Polizeiausbildung. Dem Westen läuft die Zeit davon. Eine Lösung ist weit und breit nicht in Sicht.



„Wenigstens mal ehrliche Beipackzettel.“

Zeichnung: Horst Haitzinger

„Guter Wille allein reicht nicht“

INTERVIEW Pädagoge Gugel kritisiert Defizite bei der Gewaltprävention

In der Münchner S-Bahn stirbt ein Mann an den Tritten junger Leute. Eine Woche später schlagen in Pforzheim Jugendliche einen 42-Jährigen bewusstlos. Dazwischen der Amoklauf von Ansbach. Um Gewalt einzudämmen, fordert Günther Gugel vom Institut für Friedenspädagogik bessere Präventionsmaßnahmen. Mit ihm sprach Joachim Rüeck.



Günther Gugel vom Institut für Friedenspädagogik in Tübingen. Foto: privat

Zur Person

Günther Gugel, Jahrgang 1949, ist Geschäftsführer des Instituts für Friedenspädagogik Tübingen. Der Verein berät und informiert rund um das Thema Konflikte und Gewalt. Diplompädagoge Gugel veröffentlicht im Oktober das „Handbuch Gewaltprävention II“ für die Arbeit mit Jugendlichen. jr

Programme müssen erprobt und dann in der Breite eingesetzt werden, wenn sie Wirkung zeigen.

Welche positiven Beispiele gibt es?

Gugel: Der Landessportbund Hessen bildet Trainer und Spielführer zu Mediatoren aus. Das sind konkrete Ansätze, um die Gewalt rund um Fußballspiele in den Griff zu bekommen. Außerhalb des Sports ist die Schule ein ganz wichtiger Ort. Dort haben wir von Klassenprogrammen bis hin zur Streitschlichtung viele Möglichkeiten. Wichtig ist ein Arbeitsklima, das von Anerkennung und Wertschätzung geprägt ist.

Wo sind die Grenzen der Prävention?

Gugel: Gewalt wird man nie hundertprozentig verhindern können. Dazu ist sie in unserer Gesellschaft auch zu wenig tabuisiert. Die meiste Gewalt findet in der Familie statt. Da das hinter verschlossenen Türen geschieht, erhält sie nicht so viel Aufmerksamkeit wie die Gewalt auf der Straße. Jugendliche sind meist nicht nur Täter, die Gewalt ausüben, sondern auch Opfer, die im familiären Bereich Gewalt erfahren.

Wie kommt Prävention in die Familien hinein, ohne dass sich der Staat zu sehr ins Private einmisch?

Gugel: Man muss belastete Familien unterstützen. Sie müssen finanziell so gestellt sein, dass sie ihre Erziehungsaufgaben bewältigen können. Geld ist aber nicht der zentrale Punkt. Es geht um Aufmerksamkeit, Beratung. Eltern wissen oft nicht, wie sie mit ihrem Kind umgehen sollen. Es gibt zum Beispiel an Schulen in Berlin Erziehungskurse, die solche Kompetenzen fördern. Das Problem bleibt: Eltern müssen hingehen. Man kann sie nicht zwingen.

gramme, aber diese sind häufig nicht ausreichend wissenschaftlich fundiert. Evaluationsforschung findet kaum statt. Darüber hinaus mangelt es an Kontinuität. Und es wird zu wenig untereinander kooperiert.

Was muss passieren?

Gugel: Wir dürfen uns nicht nur vom guten Willen leiten lassen. Wir brauchen mehr Forschung, mehr Mittel. Wissenschaft und Praxis müssen enger zusammenarbeiten.

Sind die schockierenden Gewalttaten schlimme Einzelfälle oder zeugen sie von einer Verrohung der Gesellschaft?

Günther Gugel: Gefühle und tatsächliche Gewalttätigkeit klaffen auseinander. Die Gewaltkriminalität sinkt langfristig eher. Die Ausnahme sind jugendliche Mehrfachtäter. Es sind zwei Strömungen in unserer Gesellschaft zu beobachten: Einerseits eine große Verunsicherung, Orientierungs-, und Perspektivlosigkeit, die Gewalt mit sich bringt. Andererseits eine Zunahme von Engagement und Hilfsbereitschaft, die es zu stärken gilt.

Es gibt Gruppen, die immer weniger Scheu haben, brutal zuzuschlagen. Wie kann man vorbeugen?

Gugel: Gewalt ist für Kinder und Jugendliche oft eine Ausdrucksweise dahinter liegender Schwierigkeiten. Streetwork ist mit Sicherheit eine Antwort. Prävention muss aber breiter aufgestellt sein und bereits weit im Vorfeld erfolgen. Sinnvolle Programme setzen in der Familie, im Kindergarten, in der Schule an und bauen darauf auf, Risikofaktoren zu minimieren.

Es scheint doch Präventionsmaßnahmen wie Sand am Meer zu geben. Zeigen sie nicht zu wenig Wirkung?

Gugel: Es gibt zwar sehr viele Pro-

Leserstimmen

Nicht mehr zu erwarten

Zur Beurteilung des TV-Duells Merkel-Steinmeier und des TV-Dreikampfs im Fernsehen.

Viele Leute sagen, sie seien enttäuscht von den beiden Debatten im Fernsehen. Sie seien langweilig, und nicht mitreißend genug gewesen. Nicht der martialischen Ankündigung als TV-Duell und als TV-Dreikampf ist am Ende niemand sterbend zu Boden gesunken und keiner hat dem anderen ein blaues Auge geschlagen. Wer sich zwischen Merkel und Steinmeier mehr Hauen und Stechen gewünscht hat, muss bei näherer Betrachtung erkennen, dass dies nicht zu erwarten war. Dies liegt nicht nur am Naturell der beiden. Ihre Ausgangssituation ist mit der von 2005 nicht zu vergleichen. Hätten Merkel und Steinmeier tatsächlich aufeinander eingedroschen, wären sie nach

der vierjährigen Zusammenarbeit in der Großen Koalition ungläubig gewesen. Es ist zu einfach, die nicht erfüllten Erwartungen allein den Politikern anlasten zu wollen. Zu fragen ist auch, ob es auf die im TV-Duell und im TV-Dreikampf praktizierte Art und Weise überhaupt gelingen konnte, eine Balance zwischen interessanter politischer Information und Quoten bringender Unterhaltung zu erreichen.

Hans Müller, Heilbronn

Mobilisierend

Zum Kommentar von Detlef Hintze „Kein Showdown“, 14. September.

„Wenigstens eines sollte das TV-Duell erreicht haben: Mobilisierung, zur Wahl zu gehen.“ Das hat es, wenigstens bei mir. Dass der Herausforderer Frank-Walter Steinmeier angreifen musste, war

klar, das ist bei einem Boxkampf nicht anders, denn ein Sprichwort von Bertolt Brecht sagt: „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

Rolf Erb, Hardthausen

Überschuldung

Zum Artikel „Wo steckt das Geld?“, 4. September.

Der Artikel erweckt den Eindruck, die privaten Haushalte hätten große Geldvorräte. Es handelt sich aber bei den (durchschnittlich) 3500 Euro pro Haushalt nicht um Geld, sondern um langlebige Gebrauchsgüter. Großes Vermögen haben nur die reichen privaten Haushalte. In Deutschland gab es 2007 etwa 3,4 Millionen überschuldete, also zahlungsunfähige private Haushalte mit einer durchschnittlichen Schuld von 22 500 Euro. Hinzu kommen noch die

Pressestimmen

Die FDP hat sich auf eine Koalition mit der Union festgelegt.

SÜDWEST PRESSE

Was bleibt den Sozialdemokraten nach der eigenen Absage an ein rot-rot-grünes Bündnis als Machtoption? Sie können bis Sonntag zulegen und Schwarz-Gelb verhindern. Das macht es spannend. Mehr als die Rolle des Juniorpartners in einer erneuten Großen Koalition ist aber offenbar nicht drin. Und Guido Westerwelle? Solche Machtspiele freilich sind riskant. Die Kanzlerin dürfte sich die Hände reiben.

Schwäbische Zeitung

Westerwelle setzt alles auf eine Karte. Nach elf Jahren in der Opposition hat er Glaubwürdigkeit über Macht gestellt. Er hat der Versuchung widerstanden, auf jeden Fall nach der Regierung zu greifen. Wenn sein Kurs aufgeht und es für Schwarz-Gelb reicht, wird Westerwelle der erfolgreichste FDP-Chef aller Zeiten sein. Wenn nicht, könnten in der Partei neue Richtungsdebatten aufflammen.

Frankfurter Rundschau

Warum eigentlich bekommt die FDP keine absolute Mehrheit? Unser Land muss von der Mitte aus gerettet werden, hat ihr Parteitag beschlossen. Die politischen Ränder dürfen in Deutschland nichts zu sagen haben. Sind wir nicht fast alle für die Mitte und gegen die Ränder, die Extreme und die Experimente? Genau darauf setzt Westerwelle. Auf Menschen, die der beruhigenden Anziehungskraft der Mitte erliegen. Auf so viele jedenfalls, dass er mit CDU/CSU noch einmal hinbekommt, was im Fünf-Parteien-System zum Aussterben verdammt scheint: ein Bündnis aus zwei politischen Farben, eine schwarz-gelbe Koalition. Es gibt nur einen Haken: Westerwelles Mitte ist ein Scheinriese. Je näher man hinschaut, desto kleiner wird sie.

Frankfurter Allgemeine

Der Bürger, so er denn zur Wahl geht, weiß jetzt einigermaßen, woran er ist: Es geht am kommenden Sonntag nicht um eine Entscheidung zwischen Demokratie und Diktatur. In ihrem Kanzlerin-Wahlkampf hat es die Union anscheinend nötig, C- oder Gar-nicht-Partei nicht dauernd als antideмократisch hinstellen. Dennoch geht es um eine Richtungsentscheidung. Ein Linksbündnis würde schlicht sehr teuer; letztlich auch für die sozial Schwachen und nicht zuletzt für Deutschlands Stellung in der Welt. Das angebliche Tabu, nicht im Bund mit der Linkspartei zusammenzuarbeiten, trägt, wie die SPD selbst schon andeutet, das Verfallsdatum 27. September.

HEILBRONNER STIMME logo

Unabhängige Tageszeitung - 64. Jahrgang
Pflanzblatt der Baden-Würt. Wertpapierbörse zu Stuttgart
Herausgeber und Verlag Heilbronner Stimme GmbH & Co. KG
Geschäftsführer Tilman Distelbarth - Bernd Herzberger
Chefredakteur Uwe Ralf Heer
Stellvertreter Iris Baars-Werner, Detlef Hintze
Blattmacher vom Dienst Günter Drewnitzky
Layout-Master Jürgen Kümmerle
Verantwortliche Redakteure
Politik, Südwesten, Blick in die Welt Detlef Hintze, Siegfried Lambert (stv.)
Wirtschaft, Service Jürgen Strammer, Kultur, Freizeitstimm Andreas Sommer
Sport Stefanie Wahl, Lars Müller-Appenzeller (stv.)
Stadtkreis Heilbronn, Wirtschaft Regional Iris Baars-Werner, Joachim Friedl (stv.)
Landkreis Heilbronn Reto Bosch, Herbert Kaletta (stv.)
Sonderveröffentlichungen Alexander Schnell
Fotografie Andreas Veigel
Dokumentation Elke Tritschler-Ueltzhöfer
Hohenloher Zeitung Ralf Reichert
Kraichgau Stimme Peter Boxheimer
Redaktion Stuttgart Joachim Rüeck, Peter Reinhardt
Telefon (0714) 29 39 35
Redaktion Berlin Martin Ferber, Rudi Wais
Telefon (030) 22 62 02 04
Redaktion Brüssel Detlef Drewes
Telefon (00322) 734 03 40
Korrespondenten in Washington, Paris, Warschau, Athen, Madrid, Rio de Janeiro, St. Petersburg, San Francisco
Anzeigen Martin Küfner (verantwortl.)
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 58 vom 1. Oktober 2008
Auflage IVW-geführt

HEILBRONNER STIMME
Postfach 2040 - 74010 Heilbronn / Allee 2 - 74072 Heilbronn
Telefon (0 71 31) 615-0 - Telefax (0 71 31) 615-200
Service Center Anzeigenannahme (0 71 31) 615-600
Abobetreuung (0 71 31) 615-610 Leserservice (0 71 31) 615-620
E-Mail servicecenter@stimme.de / anzeigen@stimme.de /
redaktion@stimme.de
HOHENLOHER ZEITUNG
Geschäftsstelle Künzelsau - Postfach 1229 - 74652 Künzelsau
Konsul-Uebele-Straße 6 - 74653 Künzelsau
Telefon (0 79 40) 92 62-0 Telefax (0 79 40) 92 62-62
E-Mail anzeigen.kuen@stimme.de / redaktion.kuen@stimme.de
Geschäftsstelle Öhringen - Postfach 1380 - 74603 Öhringen
Bahnhofstraße 11 - 74613 Öhringen
Telefon (0 79 41) 91 61-0 Telefax (0 79 41) 91 61-61
E-Mail anzeigen.oeh@stimme.de / redaktion.oeh@stimme.de
KRAICHGAU STIMME
Geschäftsstelle Eppingen - Postfach 100270 - 75021 Eppingen
Mühlbacher Straße 10 - 75031 Eppingen
Telefon (0 72 62) 60 92-0 Telefax (0 72 62) 60 92-92
E-Mail anzeigen.kraichgau@stimme.de
redaktion.kraichgau@stimme.de
Für unverlangte Manuskripte und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Rücksendungen erfolgen nur gegen Porto. Bezugspreis (monatlich im Voraus fällig) einschließlich Zustellgebühr und 7% Mehrwertsteuer 25,90 €; bei Postbezug im Inland 31,50 €; dienstags mit Fernseh-illustrierte rlv. Abbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich im Verlag vorliegen. Bei einer zusammenhängenden Bezugsunterbrechung von mehr als sechs Liefertagen wird der Bezugspreis anteilig unter Abzug einer Bearbeitungsgebühr von 1,28 € zurückerstattet. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt, Streik oder Aussperrung besteht kein Anspruch auf Entschädigung.